

POLIS
180

GRASSROOTS-THINKTANK FÜR
AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK

in Kooperation mit:

d|part

Think Tank for political participation

POLIS PAPER

UMBRUCH, DISTANZ, VERTEILUNGSKONFLIKTE:
WIE DIE GENERATION Z(EITENWENDE) AUF
AUSSENPOLITIK BLICKT

von Etienne Höra, Lena Wittenfeld und Tobias Spöri

NO. 27
Juni 2026

INHALTSVERZEICHNIS

<i>EXECUTIVE SUMMARY: GENERATION Z(ZEITENWENDE) ZWISCHEN UMBRUCHWAHRNEHMUNG UND ERLEBTER HANDLUNGSUNFÄHIGKEIT.....</i>	1
I. EINLEITUNG	4
II. METHODE UND EMPIRISCHE GRUNDLAGE	6
III. AUßENPOLITIK ALS FERNES UND SCHWER GREIFBARES POLITIKFELD	7
IV. WAHrgENOMMENER UMBRUCH OHNE ZUKUNFTSBILD: DIE ZEITENWENDE AUS SICHT JUNGER MENSCHEN.....	11
V. WAHRNEHMUNG VON DEUTSCHLAND, DER EU UND INTERNATIONALEN PARTNERSCHAFTEN.. ..	14
VI. PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT, SICHERHEIT UND GESELLSCHAFTLICHE ROLLE.....	19

EXECUTIVE SUMMARY: GENERATION Z(EITENWENDE) ZWISCHEN UMBRUCHWAHRNEHMUNG UND ERLEBTER HANDLUNGSUNFÄHIGKEIT

1. Eine Generation im Umbruch ohne klares Zukunftsbild

Die alte Ordnung, geprägt von Verlässlichkeit westlicher Bündnisse, wirtschaftlicher Stabilität und regelbasierter internationaler Politik, gilt für junge Menschen als überholt. Gleichzeitig bleibt das Bild einer neuen Ordnung diffus. Was an die Stelle des Bekannten tritt, lässt sich für die meisten jungen Menschen nicht greifen. Die Zeitenwende wird gespürt, aber nicht durchdrungen.

2. Außenpolitik: allgegenwärtig, aber weit entfernt

Ein zentraler Befund der Studie ist die ausgeprägte Spannung zwischen medialer Präsenz und alltäglicher Distanz. Außenpolitische Themen sind allgegenwärtig vor allem in den (sozialen) Medien und in Alltagsgesprächen, werden aber von der Mehrheit der jungen Menschen kaum als Teil der eigenen Lebenswelt erfahren. Das Informationsverhalten reicht von aktivem, aber frustriertem Engagement bis hin zur bewussten Vermeidung als Schutzstrategie. Besonders deutlich ist die Tendenz, innen- und außenpolitische Themen zu vermischen: Migration, Rentenfragen oder marode Infrastruktur konkurrieren in

der Wahrnehmung mit geopolitischen Krisen und erscheinen als gleichrangige politische Herausforderungen. Investitionen in Außenpolitik werden dabei häufig als Ressource verstanden, die dem Inland entzogen wird. Dass außenpolitisches Engagement in Beziehung zu politischen Zielen und Aufgaben im Inland steht, bleibt für viele Teilnehmende unsichtbar.

3. Deutschland und die EU: Vertrauen mit Vorbehalten

Die Einschätzung Deutschlands als außenpolitischer Akteur fällt ernüchternd aus. Eine als unzureichend wahrgenommene innenpolitische Leistungsfähigkeit, ob in der Pflege, beim Rentensystem oder bei der digitalen Infrastruktur, untergräbt die Legitimität außenpolitischen Engagements. Die zugrundeliegende Logik lautet: Wer die eigenen Probleme nicht löst, hat weder die moralische Berechtigung noch die Ressourcen, sich um die Probleme anderer zu kümmern. Diese Haltung ist Ausdruck eines tiefen Misstrauens in staatliche Handlungsfähigkeit, weniger eine ideologische Position. Die EU genießt dagegen eine hohe Grundzustimmung: Sie gilt als richtiger Rahmen für die Vertretung deutscher Interessen, jedoch zugleich als zu träge und durch interne

Uneinigkeit geschwächt, um der Dynamik der Zeitenwende wirklich gerecht zu werden.

4. Sicherheit und Wehrbereitschaft: ein eng militärisch geprägtes Verständnis

Ein enger Sicherheitsbegriff dominiert die Diskussionen: Sicherheitspolitik wird überwiegend mit militärischer Stärke gleichgesetzt. Erweiterte Konzepte wie Cybersicherheit, Resilienz kritischer Infrastruktur oder hybride Bedrohungen bleiben für die meisten Teilnehmenden abstrakt und schwer greifbar. Die Bundeswehr selbst wird durchgehend kritisch beurteilt: strukturelle Mängel, eine als problematisch wahrgenommene innere Kultur und das Fehlen einer übergeordneten gesellschaftlichen Vision für deren Rolle prägen das Bild. Die Wehrpflicht stößt aus verschiedenen Motiven, libertärer Selbstbestimmung, gewaltkritische Grundhaltung und dem Gefühl fehlender Generationengerechtigkeit auf breite Ablehnung. Dahinter steht eine tiefere Frage: Für welche Gesellschaft und für welche Werte soll Opferbereitschaft eigentlich eingefordert werden? Ohne überzeugende Antworten bleibt die Forderung nach Wehrbereitschaft unglaubwürdig.

5. Wissen als Schlüssel zur Handlungsfähigkeit

Einen zentralen Kontrast zu diesen Befunden bildet die Fokusgruppe junger Expert*innen. Während junge Menschen ohne besondere Vorkenntnisse die Zeitenwende spüren, ohne sie vollständig benennen zu können, verfügen die Expert*innen über konzeptionelle Werkzeuge, die es erlauben, das Unübersichtliche zu strukturieren. Sie beschreiben Deutschlands Schwächen nicht als diffuses Versagen, sondern benennen konkrete strukturelle Ursachen, und sie sehen in der Lücke zwischen Gesellschaft und Sicherheitspolitik kein unabänderliches Schicksal, sondern ein Kommunikations- und Beteiligungsdefizit, das aktiv behoben werden kann. Dieser Unterschied in der Einordnung hat direkte Konsequenzen: Handlungsunfähigkeit entsteht dort, wo Einordnungsrahmen fehlen, während Wissen Handlungsorientierung erzeugt.

6. Ungenutztes Potenzial: Ziviles Engagement als Brücke

Trotz aller Skepsis und wahrgenommenen Ohnmacht zeigt die Studie auch ein ungenutztes Potenzial: Die grundsätzliche Unterstützung für internationale Kooperation ist stabil; die hohe Akzeptanz zivilen Engagements, beispielsweise in Feuerwehr, Katastrophenschutz und Pflege, bietet

eine Brücke zu einem breiteren Sicherheitsverständnis; und der Wunsch nach politischer Mitgestaltung ist vorhanden, auch wenn die Wege dorthin unbekannt oder unzugänglich erscheinen. Ziviles

Engagement ermöglicht einen Einstieg in sicherheitspolitische Verantwortung, ohne die moralisch hoch aufgeladene Frage der Kriegsbeteiligung zu berühren.

Die Befunde der Studie verweisen damit auf drei dringende politische Aufgaben.

1. **Wissens- und Kommunikationslücken schließen.** Junge Menschen können außenpolitische Zusammenhänge und Entscheidungen nur dann einordnen, wenn sie ausreichend informiert sind. Und nur so sind sie in der Lage, Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und einzuordnen.
2. **Junge Perspektiven strukturell einbeziehen.** Wer sich von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlt, distanziert sich oft auch von deren Ergebnissen.
3. **Eine überzeugende gesellschaftliche Vision entwickeln.** Gemeinsames und nachhaltiges Engagement, ob zivil oder militärisch, entsteht dann, wenn den handelnden Personen klar ist, welche Ziele und Zukunftsvorstellungen damit verfolgt werden und welche Rolle junge Menschen darin spielen können und sollen. Damit dies gelingt, müssen sie einbezogen werden.

Insgesamt zeigt sich, dass eine zukunftsfähige, resiliente und inklusive Außenpolitik ohne die Generation Zeitenwende nicht gelingen wird.

I. EINLEITUNG

In den letzten Jahren haben viele Krisen die internationale Gemeinschaft und auch die deutsche Außenpolitik herausgefordert: Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine, der Krieg in Israel und Gaza, die gewaltsame, kriegerische Konfrontation im sogenannten Nahen Osten, ein tiefgreifend erschüttertes transatlantisches Verhältnis und erschütterte internationale Allianzen; die Gefährdung von Demokratien, Kriege und Hungersnöte auf dem afrikanischen Kontinent, aber auch wirtschaftliche Verwundbarkeiten. Die Gleichzeitigkeit dieser Krisen ist eine tiefe Zäsur in der internationalen Ordnung.

Je tiefer die aktuellen Umbrüche sind, desto näher kommen ihre Konsequenzen an den Alltag vieler Menschen – und desto mehr wird Außenpolitik zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Problematisch ist hierbei jedoch, dass junge Menschen dabei weitgehend außen vor bleiben. Entscheidungen beziehen sie und ihre vielfältigen Perspektiven nicht ein, obwohl sie für junge Generationen weitreichende Folgen für die nächsten Jahrzehnte haben, nicht nur im Kontext der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die Perspektiven und Erfahrungen junger Menschen werden kaum als eigenständiger Wissens- und Erfahrungshorizont

behandelt – stattdessen wird vielfach über junge Menschen gesprochen, ohne sie ausreichend einzubeziehen. Diese Lücke wirkt umso gravierender, da sich die prägenden außenpolitischen Erfahrungen der jungen Generationen heute von denen anderer Generationen grundlegend unterscheiden.

Diese Perspektiven zu erfassen, differenziert sichtbar zu machen und in den politischen Prozess zu bringen, ist somit besonders relevant für eine zukunftsfähige, resiliente und inklusive Außenpolitik – und das Ziel des Projekts Generation Z(eitenwende): Junge Perspektiven auf Außen- und Europapolitik von [Polis180](#).

Zeitenwende wird hier nicht als ein punktuelles Ereignis verstanden, sondern als Abfolge und Überlagerung mehrerer Brüche. Dazu zählen insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die kriegerischen Konflikte im Nahen Osten und deren Folgen für die deutsche, europäische, aber auch globale Sicherheitsarchitektur, die Verschiebung globaler Machtverhältnisse, die wachsende Bedeutung geökonomischer Abhängigkeiten, die Zunahme hybrider Bedrohungen, aber auch langfristige Krisen wie Klimawandel, soziale Polarisierung und die digitale Transformation. In dieser Perspektive ist Zeitenwende ein dynamischer

Zustand politischer Verdichtung, in dem Grundannahmen, die lange als stabil galten (z. B. die Verlässlichkeit internationaler Ordnungen oder die Selbstverständlichkeit von Frieden in Europa), neu verhandelt werden. Folglich hat die Zeitenwende unmittelbare Konsequenzen für Erwartungen an staatliches Handeln, für Ressourcenkonflikte und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für junge Menschen - die "Generation Zeitenwende" - verdichtet sich die Serie von Brüchen in einer Lebens- und Sozialisationsphase, in der biografische Weichen gestellt werden, etwa Bildungs- und Berufsentscheidungen und Familienplanung. Gleichzeitig bilden sich eigene Vorstellungen von Sicherheit und Zukunftsfähigkeit im Rahmen der politischen Sozialisierung: Junge Menschen finden ihre Rolle im politischen Raum. Die Dichte der Umbrüche erzeugt einen hohen Problemdruck, doch Lösungen und Kommunikationsformen bleiben häufig hinter der Komplexität der Lage zurück. Innovative Ideen und Ansätze fehlen.

Gleichzeitig treffen junge Menschen auf politische Debatten, in denen häufig kurzfristige Handlungslogiken dominieren, während ihre Perspektiven weder systematisch berücksichtigt noch in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Ihre

wichtigen Erfahrungen und Lösungsansätze bleiben dabei außen vor: Welche Bedrohungen gelten als zentral? Welche Interessen und Ziele sind legitim? Welche Mittel sind akzeptabel? Welche Instrumente werden genutzt? Wer gilt als Adressat*in von Politik, wer als Mitgestalter*in?

Die Frage ist daher nicht nur, wie junge Menschen Außenpolitik quantitativ bewerten, sondern wie sie Sicherheit, internationale Verantwortung, zivile und militärische Instrumente sowie europäische Handlungsfähigkeit vor dem Hintergrund der aktuellen Umbrüche wahrnehmen und interpretieren. Hierfür braucht es qualitative Methoden, wie Fokusgruppen, die tiefergehende Einblicke in diese Bewertungen und Perspektiven ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund braucht es Grundlagenforschung, welche die tatsächliche Vielfalt junger Perspektiven empirisch rekonstruiert und nicht bei Deutungen über junge Menschen stehen bleibt: Welche Bedrohungen werden wahrgenommen? Welche normativen Maßstäbe prägen Urteile? Wo liegen Erwartungen an Politik - und wo entstehen Distanz, Ambivalenz oder das Gefühl des Ausschlusses? Die vorliegende

Fokusgruppenstudie dient genau diesem Zweck.

Ziel der Studie ist es, die Perspektiven, Erwartungen und normativen Vorstellungen junger Menschen mit Blick auf die deutsche Außen- und Europapolitik vor dem Hintergrund aktueller geopolitischer Veränderungen zu erfassen. Da junge Menschen keine homogene Gruppe darstellen, erlauben Fokusgruppen, heterogene Sichtweisen nebeneinander sichtbar zu machen, erste gemeinsame Bezugspunkte herauszuarbeiten und zugleich Konfliktlinien präziser zu verstehen:

- *Wie nehmen junge Menschen vor dem Hintergrund der aktuellen Umbrüche*

II. METHODE UND EMPIRISCHE GRUNDLAGE

Grundlage der vorliegenden Studie sind vier Fokusgruppendifkussionen mit jungen Menschen in Deutschland. Drei Fokusgruppen mit jeweils sechs bis sieben Teilnehmenden aus der allgemeinen Bevölkerung fanden am 25. und 26. Februar 2026 in Leipzig statt. Die Gruppen wurden so zusammengesetzt, dass sie innerhalb der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren hinsichtlich des Geschlechts, des Wohnorts (Innenstadt und Umland) sowie der Parteipräferenz durchmischt sind. Zudem

Bedrohungen, Sicherheit und internationale Verantwortung wahr?

- *Welche Erwartungen und normativen Maßstäbe richten junge Menschen an deutsche Außenpolitik (u. a. die Rolle Deutschlands, der EU, internationale Kooperation, Legitimität von Mitteln) und wo liegen Ambivalenzen oder Spannungen?*
- *Inwiefern fühlen sich junge Menschen durch politische Debatten und Institutionen angesprochen, beteiligt oder ausgeschlossen und welche Konsequenzen hat dies für Vertrauen und Zustimmung?*

wurden die Gruppen nach dem (angestrebten) Bildungsabschluss differenziert. Eine Gruppe bestand überwiegend aus Personen mit mittlerem bis niedrigem Bildungsabschluss (Realschule oder weniger), eine weitere aus Personen mit formal höherem Abschluss (Gymnasium oder höher) und eine dritte war mit Blick auf den Bildungsgrad durchmischt. Diese Differenzierung ermöglicht es, potenzielle Unterschiede in Wahrnehmungen und Deutungsmustern entlang von Bildungsbiografien zu erfassen und zu erheben, wie unterschiedliche Gruppen bei einer homogenen Zusammensetzung über die

Themen sprechen. Zudem verhindert es, dass formal höher gebildete Teilnehmende die Diskussionen mit ihren Beiträgen dominieren.

Eine weitere Fokusgruppe mit jungen Menschen wurde aus dem Netzwerk von Polis180 rekrutiert. Diese Fokusgruppe fand online am 6. März 2026 statt und bestand aus jungen Menschen, die sich beruflich mit außenpolitischen Themen beschäftigen oder ein ausgeprägtes Interesse daran haben. Sie dient als Kontrastgruppe zur allgemeinen Bevölkerung, um

Unterschiede in Wissensstand, Problemwahrnehmung und analytischer Einordnung zwischen stärker informierten und weniger spezialisierten jungen Menschen herauszuarbeiten.

Alle Fokusgruppen wurden von d|part moderiert. Der Leitfaden wurde gemeinsam von Polis180 und d|part entwickelt. Die Rekrutierung der Teilnehmenden in Leipzig erfolgte über ein professionelles Teststudio. Alle im Bericht genannten Namen wurden zum Schutz der Privatsphäre geändert.

III. AUßENPOLITIK ALS FERNES UND SCHWER GREIFBARES POLITIKFELD

1. Außenpolitik ist medial präsent, aber kaum durchdrungen: abstrakt, komplex, alltagsfremd. Das Informationsverhalten dazu ist häufig passiv, teilweise bewusst vermeidend.
2. Innen- und Außenpolitik werden häufig vermischt; Migration, Armut, Kriminalität als „außenpolitische Herausforderungen“ gesehen.
3. Die Vorstellung eines Verteilungskonflikts ist verbreitet: Was ins Ausland fließt, fehlt im Inland. Die Wechselwirkungen zwischen außenpolitischem Engagement und positiven Effekten im Inland wird dabei kaum wahrgenommen.
4. Expert*innen denken Außenpolitik hingegen als strategische Notwendigkeit, nicht als Ressourcenkonkurrenz.

Außen- und sicherheitspolitische Themen nehmen in der Wahrnehmung vieler junger Menschen eine eigentümliche Zwischenstellung ein: Sie sind allgegenwärtig in den Medien, aber zugleich selten wirklich greifbar. Sie werden als bedeutsam anerkannt, aber kaum als Teil der eigenen Lebenswelt erfahren - und deshalb häufig

als abstrakt, komplex und letztlich fremd erlebt. Hierbei werden außenpolitische Entwicklungen zwar oft als Teil eines größer gefassten Umbruchs erkannt, aber oft noch als weit entfernt vom eigenen Alltag empfunden. Diese Spannung zwischen der Wahrnehmung der weltpolitischen Entwicklungen und emotionaler Distanz

prägt das außenpolitische Bewusstsein vieler junger Menschen:

Miriam (26) *„Ich habe manchmal ein bisschen das Gefühl, dass es [die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen] auch erstmal keinen Einfluss auf mich hat, und ich glaube, dass das bei Vielen mit reinspielt, dass man das dadurch noch vor sich herschiebt, dass es gar kein aktuelles Problem für das eigene Leben ist.“*

1. HETEROGENES INFORMATIONSVERHALTEN: AKTIV, PASSIV, VERMEIDEND

Das Informationsverhalten der Teilnehmenden zu Themen der Außen- und Sicherheitspolitik ist ausgesprochen heterogen. Hierbei lassen sich drei Gruppen identifizieren: (1) Die Mehrheit nimmt außenpolitische Inhalte beiläufig wahr: im Radio, durch Gespräche im Bekanntenkreis oder als kurze Schlagzeilen in sozialen Medien. (2) Ein Teil der Teilnehmer*innen verfolgt außenpolitische Debatten jedoch aktiv, jedoch oft auch mit viel Frust. Diese Gruppe sucht gezielt nach seriösen Quellen und reflektiert den eigenen Medienkonsum kritisch.

Hendrik (27): *„Wenn ich Instagram öffne, bekomme ich extrem schlechte Laune, weil mein ganzer Feed dann voll ist mit irgendwelchen schrecklichen Nachrichten, und ich merke es an mir selber auch, dass*

man so eine richtige Politikverdrossenheit hat, dass man keine Lust hat, sich mehr mit Politik auseinanderzusetzen.“

(3) Eine weitere Gruppe betreibt bewusst Vermeidung als individuelle Entlastungsstrategie, auch zum Schutz der eigenen psychischen Gesundheit. Wie bei der Mehrheit auch dominiert hier häufig das Gefühl, außenpolitische Entwicklungen zwar am Rande mitzubekommen, aber nicht wirklich zu verstehen:

Lara (18): *„Ich verstehe größtenteils gar nicht so richtig, worum es [bei öffentlichen Debatten zu Außen- und Sicherheitspolitik] geht. Ich kriege das nur so nebenbei mit, und ich glaube, dass ich dafür auch einfach viel zu wenig politische Bildung habe.“*

2. VERMISCHUNG VON INNEN- UND AUßENPOLITIK

In allen Gruppen ist die häufige Gleichsetzung oder Vermischung von innen- und außenpolitischen Themen ein mit dem Informationsverhalten eng verbundenes Muster. Migration, Altersarmut, Kriminalität und das Pflegesystem tauchen in den Diskussionen immer wieder als Herausforderungen in der „Außen- und Sicherheitspolitik“ auf. Diese Verschmelzung erklärt sich durch zwei miteinander verbundene Mechanismen: Zum einen existiert

für viele Teilnehmende schlicht „die Politik“ als ein undifferenzierter Raum, in dem Innen- und Außenpolitik ohne klare Grenzen nebeneinanderstehen. In den Diskussionen wird häufig eine Vielzahl an Themen aufgegriffen, die medial als besonders dringend dargestellt werden. Weil diese Themen in der öffentlichen Berichterstattung so präsent sind, konkurrieren sie in der Wahrnehmung vieler Teilnehmender um dieselbe Aufmerksamkeit wie geopolitische Krisen und erscheinen dadurch als gleichrangige politische Herausforderungen. Was die Medien als gesellschaftliches Problem rahmen, landet so als außenpolitisches Thema in der Diskussion. Zum anderen werden Themen auch dann genannt, wenn sie in der unmittelbaren Lebenswelt der Teilnehmenden sichtbar werden, Kriminalität im eigenen Viertel, Unsicherheit im öffentlichen Raum, Erfahrungen im direkten Umfeld. Diese persönliche Betroffenheit verleiht innenpolitischen Themen eine Dringlichkeit, die sie in der Wahrnehmung auf mindestens dieselbe Ebene hebt wie globale Krisen.

3. VERTEILUNGSKONFLIKTE: AUßENPOLITIK GEGEN INNENPOLITIK

Besonders auffällig ist dabei das verbreitete Deutungsmuster, Außenpolitik im Ressourcenkonflikt mit innenpolitischen

Prioritäten zu sehen. Die Frage „Warum geben wir Geld ins Ausland, wenn es hier fehlt?“ strukturiert viele Aussagen implizit oder explizit. Als Beleg für innenpolitische Defizite werden dabei wiederholt dieselben Problemfelder genannt: ein als unzureichend empfundenenes Rentensystem, Mängel in der Pflege- und Krankenhausinfrastruktur, fehlende Investitionen in Bildung, marode öffentliche Infrastruktur und eine wahrgenommene Erosion der inneren Sicherheit. Als besonders einprägsames Symbol dieser innenpolitischen Schiefelage taucht dabei immer wieder das Bild älterer Menschen auf, die Pfandflaschen aus Mülleimern sammeln, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben:

Jonas (19): „Man sieht ja immer wieder alte Menschen, die im Müll nach Pfandflaschen suchen, trotz Rente, und da sieht man ja schon, dass die Rente deutlich geringer ist als vielleicht vor 10 Jahren.“

Dieses Bild funktioniert als emotionaler Verdichtungspunkt, denn es macht systemische Ungerechtigkeiten sichtbar und konkret. Außerdem verleiht es der Forderung, zuerst ins Inland zu investieren, eine moralische Unmittelbarkeit.

Dieses Deutungsmuster ist allerdings nicht zwangsläufig eine ideologische Position, sondern ein Ausdruck des Gefühls, dass

die eigene Gesellschaft Defizite aufweist, die dringender erscheinen als internationale Verpflichtungen. Gleichzeitig zeigen die Fokusgruppen, dass diese Haltung nicht absolut ist: Wer das Argument des Verteilungskonflikts vorbringt, schließt internationale Verantwortung nicht grundsätzlich aus, sondern ordnet sie eher einer wahrgenommenen innenpolitischen Dringlichkeit nach:

Katharina (26): *„Es ist ja nicht so, dass wir nichts tun. Wir unterstützen ja schon viele Länder, und ich finde, da muss man einen guten Mittelweg finden [...]“*

Miriam (26): *„In dem Wort [Entwicklungszusammenarbeit] steckt das schon, Zusammenarbeit. Also dass man nicht einzeln kämpft und den anderen was präsentiert, sondern dass man wirklich versucht, gemeinsam daran zu arbeiten. Und versuchen gemeinsam eine Lösung zu finden.“*

4. VERTEILUNGSKONFLIKT ODER STRATEGISCHE INVESTITION: WIE UNTERSCHIEDLICH AUßENPOLITIK GEDACHT WIRD

Die Verflechtung von Innen- und Außenpolitik wird sowohl von jungen Expert*innen als auch von der allgemeinen Bevölkerung wahrgenommen. Der entscheidende Unterschied liegt jedoch darin, wie beide Gruppen diese Verflechtung von Innen- und Außenpolitik deuten und welche

Schlussfolgerungen sie daraus ziehen. Die allgemeinen Fokusgruppen denken die Verbindung von Innen- und Außenpolitik überwiegend als Verteilungskonflikt: Was ins Ausland fließt, fehlt im Inland.

Vanessa (26): *„Ich finde finanziell sollte Deutschland langsam mal aufhören andere Länder zu unterstützen, weil es hier langsam ein bisschen eng wird.“*

Dominik (23) verwies auf den Widerspruch zwischen internationaler Hilfsbereitschaft und dem Gefühl, dass im Inland „an verschiedenen Ecken und Kanten“ gespart werde. Diese Ressourcenlogik strukturiert implizit weite Teile ihrer Urteile von der Ukraine-Unterstützung bis zur Entwicklungszusammenarbeit. Die Expert*innen-Gruppe hingegen weist diese Dichotomie explizit zurück, wie die beiden folgenden Zitate aus der Expert*innen-Fokusgruppe verdeutlichen:

Amelie (31): *„Viele innenpolitische Themen sind von außenpolitischen Themen überhaupt nicht trennbar. Das betrifft sowohl Wirtschaftsthemen und wirtschaftlicher Wohlstand als auch Sicherheitsthemen, gerade in der Zeit, in der wir es viel mit auch Bedrohungen durch Desinformation, Spaltung, Polarisierung et cetera [zu tun haben].“*

Marvin (Expert*innen-Fokusgruppe): „Ich denke, dass man beides tun kann, dass man sich vor allem auch diplomatisch in internationale Konflikte sehr wohl einmischen kann und gleichzeitig innenpolitisch mehr Dinge verbessert. Ich denke nicht, dass es eine Dichotomie ist, wie sie da impliziert wird, dass nur das eine oder das andere geht. Ich denke, es ist durchaus miteinander kompatibel, starke außenpolitische Stellung zu beziehen und gleichzeitig mehr in die Bildung und die Sozialsysteme zu stecken.“

Hinzu kommt ein Unterschied in der Schärfe der Analyse: Wo die allgemeinen Fokusgruppen Außenpolitik oft über diffuse Medienbilder und persönliche Betroffenheitserfahrungen einordnen, bringen die Expert*innen strukturierte Problemanalysen ein. Außenpolitik ist für sie kein abstraktes Feld, sondern ein greifbares Politikfeld mit Steuerungsmöglichkeiten.

IV. WAHrgENOMMENER UMBRUCH OHNE ZUKUNFTSBILD: DIE ZEITENWENDE AUS SICHT JUNGER MENSCHEN

1. Alle befragten jungen Menschen nehmen die Zeitenwende als realen Einschnitt sowohl in ihrem persönlichen Leben als auch in die bisherige Weltordnung wahr. Die alte Ordnung gilt als überholt, wobei eine Neue unvorstellbar bleibt.
2. Verschiedene Krisen werden als Mosaiksteine eines größeren, noch unfertigen Wandels gelesen.
3. Die rasche Abfolge und Gleichzeitigkeit der Ereignisse erzeugen oft Überforderung und Frustration.
4. Junge Menschen mit mehr Vorwissen diskutieren stärker handlungsorientiert, während es jungen Menschen mit weniger Wissen schwerfällt, Optionen zu identifizieren.

Die Fokusgruppen zeigen ein konsistentes, aber ambivalentes Bild, wenn es darum geht, wie die gegenwärtige Weltlage von jungen Menschen wahrgenommen wird. Unabhängig davon, wie interessiert die Teilnehmenden an den außen- und sicherheitspolitischen Themen sind,

nehmen alle wahr, dass aktuell eine Phase der fundamentalen Umbrüche stattfindet. Allerdings haben die meisten dabei kein klares Bild davon, wohin dieser Wandel führen wird. Die „alte Ordnung“, in der Verlässlichkeit durch westliche Bündnisse, wirtschaftliche Stabilität und eine

regelbasierte internationale Politik als selbstverständlich galten, erscheint ihnen zunehmend brüchig. Was an ihre Stelle treten wird, ist unklar und bleibt deswegen diffus:

Hendrik (27): *„Ich habe das Gefühl, dass Deutschland sehr schlecht vorbereitet ist. [...] Und jetzt habe ich das Gefühl, dass einem plötzlich auffällt: 'Shit, wir haben ein bisschen was versäumt in den letzten Jahren, jetzt müssen wir was machen', und dann habe ich häufig das Gefühl, dass unsere Generation jetzt die Generation ist, die darunter leiden soll.“*

1. WAHRNEHMUNG EINES STRUKTURELLEN WANDELS

Gemeinsame Referenzpunkte in den Fokusgruppen sind etwa Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Krieg in Israel und Gaza, die Unberechenbarkeit der amerikanischen Außenpolitik unter Trump und wirtschaftliche Verwerfungen durch Zölle und Lieferkettenprobleme – aber auch eine generell gestiegene Unsicherheit in der Weltpolitik. Dabei konnten viele Teilnehmende die vielfachen Krisen zwar benennen – auch aufgrund ihrer medialen Präsenz –, aber oft deren langfristige Konsequenzen nicht abschätzen. In manchen Fällen wurde die eigene mögliche Betroffenheit von Kriegen und Konflikten

angesprochen, wie dieser Ausschnitt einer Diskussion zeigt:

Moritz (21): *„Was ist, wenn die Ukraine fällt? Putin wird ja nicht aufhören. Der wird weiter Richtung Osten ziehen, weiter Land einnehmen. Natürlich auch Deutschland. Es ist eine Sorge, die muss man haben leider.“*

Nadine (27): *„Das klang damals in der Schule im Geschichtsunterricht immer alles so weit weg, aber jetzt aktuell ist es doch sehr nah an uns dran.“*

2. FEHLENDE VORSTELLUNG DER NEUEN ORDNUNG

Während der Bruch mit der alten Weltordnung oft benannt wird, fällt es den Teilnehmenden schwer, die neu entstehende Ordnung und ihre komplexen Dynamiken zu erfassen, wie in diesem Fall die Lage im Nahen Osten:

Sven (27): *„Ich steige da [im Konflikt zwischen Israel und Palästina] mittlerweile selber gar nicht mehr durch. [...] Ich habe mich versucht einzulesen, aber ich habe keine Ahnung davon. Ich denke, so geht es vielen, aber alle wollen irgendwie eine Meinung von einem haben. Und dann muss man sich festlegen.“*

Die gestiegene Dynamik und die Ereignisdichte der Entwicklungen erschwert jungen Menschen nicht nur die Orientierung,

sondern macht für viele junge Menschen die Zeitenwende spürbar. Trumps Außenpolitik, der russische Krieg in der Ukraine, die Debatte über Wehrpflicht, der subjektive Bedeutungsverlust internationaler Institutionen werden alle als Mosaiksteine eines größeren Bildes gelesen, das sich jedoch nicht zusammenfügt. Zugleich äußern viele Frustration und in Teilen Überforderung mit der aktuellen weltpolitischen Dynamik:

Katharina (26): *„Jede Woche ist irgendwas Neues, wo man eigentlich denkt, dass entweder Putin bald hier steht oder die USA [in Grönland]. Das macht einfach keinen Spaß mehr. Immer was Neues.“*

3. MEHR WISSEN MACHT DIE ZEITWENDE GREIFBARER

Die Wahrnehmung eines fundamentalen Umbruchs der internationalen Ordnung war auch in der Fokusgruppe mit jungen Expert*innen ein zentrales Thema. Auch sie erleben die Zeitenwende als realen, tiefgreifenden Einschnitt und teilen die Unsicherheit darüber, wie die entstehende neue Ordnung konkret aussehen wird. Hier enden jedoch die Parallelen. Während die allgemeinen Fokusgruppen die Veränderungen überwiegend diffus und emotional erfahren, als biografische Verunsicherung, als Anhäufung bedrohlicher Schlagzeilen und diese als schwer

greifbares Gefühl des Kontrollverlustes sehen, benennen die jungen Expert*innen die Treiber dieses Wandels präzise und strukturiert. Sie verweisen etwa auf technologische Abhängigkeiten in globalen Lieferketten, insbesondere im Bereich der Halbleiterproduktion, als konkretes Konfliktpotenzial. Auch institutionelle Schwachstellen der EU, etwa Fragen politischer Unabhängigkeit zentraler Institutionen oder strukturelle Entscheidungsmechanismen, werden als Anfälligkeiten im Transformationsprozess thematisiert.

Wo die regulären Befragten den Umbruch im internationalen System spüren, ohne ihn benennen zu können, verfügen die jungen Expert*innen über konzeptionelle Werkzeuge, die es ihnen erlauben, das Unübersichtliche zu strukturieren. So nehmen sie beispielsweise schnell eine übergeordnete Sicht ein und verbleiben weniger auf der individuellen, persönlichen Ebene. Das hat unmittelbare Konsequenzen für die Handlungsorientierung. Aus ihrer Analyse leiten sie konkrete Forderungen ab, etwa nach europäischer Souveränität, der Diversifizierung von Abhängigkeiten und institutionellen Reformen, während die allgemeinen Fokusgruppen häufig Schwierigkeiten haben, Einordnungsrahmen und Lösungsansätze zu finden.

V. WAHRNEHMUNG VON DEUTSCHLAND, DER EU UND INTERNATIONALEN PARTNERSCHAFTEN

1. Deutschland wird als schlecht vorbereitet und institutionell eingeschränkt wahrgenommen. Moralische Positionierungen wirken unglaubwürdig, wenn sie ohne Wirkung bleiben und nicht konsequent angewandt werden.
2. Innenpolitische Schwäche untergräbt die Legitimität außenpolitischen Engagements: Wer im Inland versagt, wird kaum als glaubwürdiger außenpolitischer Akteur wahrgenommen.
3. Die EU gilt als richtiger Rahmen, wird aber als zu träge und intern uneinig wahrgenommen. Konsens herrscht darin, dass Deutschlands Interessen am besten durch eine starke EU vertreten werden.
4. Partnerschaften jenseits der EU sind für viele schwer greifbar. Kooperation wird befürwortet, ihre Wirksamkeit aber skeptisch bewertet. Die USA gelten als unverzichtbar, aber unzuverlässig, China als wirtschaftlich nötig, aber politisch inakzeptabel.

1. DEUTSCHLAND: SCHLECHT VORBEREITET, EINGESCHRÄNKT HANDLUNGSFÄHIG

Auf die Frage, wie gut Deutschland auf die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen vorbereitet sei, fiel die Einschätzung in allen Gruppen größtenteils ernüchternd aus. Nadine (27) brachte eine in den Fokusgruppen häufig vertretene Haltung auf den Punkt:

„Man hört halt nie, welche Lösungen vorgeschlagen werden. Also die Politiker reden im Fernseher immer von den Problemen, aber nicht [davon], was sie dagegen tun. Deswegen denke ich mal, dass das ein Zeichen dafür ist, dass man nicht so vorbereitet ist.“

Andere Teilnehmende sahen die Lieferung von Waffen und anderen militärischen Gütern kritisch, da sie dann mittelfristig Deutschland nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Zugleich wird von einigen durchaus anerkannt, dass sich Deutschlands Sicherheitspolitik seit dem Ausrufen der Zeitenwende durch den damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 weiterentwickelt hat. Zugleich wurde in diesem Kontext die Frage aufgeworfen, ob die gesetzten politische Ziele realistisch sind und die Maßnahmen schnell genug wirken, etwa in Bezug auf die Aufrüstung der Bundeswehr:

Bastian (27): *„Ich glaube schon, dass es besser wird und vorangeht, aber es*

braucht schon deutlich mehr Zeit, als man sich vielleicht einräumen kann in dem Fall, dass es eben so weit kommt, dass wir uns verteidigen müssen."

Die Einschränkungen der deutschen Handlungsfähigkeit werden nicht nur militärisch, sondern auch institutionell wahrgenommen, beispielsweise im Hinblick auf Institutionen, die das internationale Recht durchsetzen.

Svenja (26): *„Es ist immer so ‚Ja, es wird angeprangert, Putin ganz, ganz schlimm, Erdogan auch ganz, ganz schlimm‘, aber es kann nichts gemacht werden, auch wenn eine Anklage vom Internationalen Strafgerichtshof vorliegt. [...] Das finde ich immer ein bisschen frustrierend. Also ich finde es gut, dass Deutschland in den ganzen Bündnissen ist und sich auch ein Stück weit für Menschenrechte einsetzt, aber am Ende passiert halt einfach nicht so viel."*

2. GERINGE INNENPOLITISCHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT ALS LEGITIMATIONSPROBLEM

Eng verknüpft mit der außenpolitischen Skepsis ist ein tiefes Misstrauen gegenüber der innenpolitischen Leistungsfähigkeit staatlicher Institutionen. Soziale Probleme, marode Infrastruktur und Bildungsdefizite tauchen immer wieder als unmittelbare Probleme auf, vor deren

Hintergrund außenpolitisches Engagement als weniger wichtig erscheint.

Zugleich besteht eine gewisse Grundfrustration mit dem geringen Fortschritt bezüglich des Zustands der Bundeswehr oder bei der Cybersicherheit, der auch immer wieder durch Memes in den Sozialen Medien aufgegriffen wird: Miriam (26) brachte die zugrunde liegende Frustration auf den Punkt:

„Gefühlt kann man sich anscheinend schon darüber lustig machen, wie wir eigentlich aufgestellt sind, und momentan finde ich es auch immer ganz witzig, weil ich auch noch den Gedanken habe, wir brauchen die Bundeswehr gerade noch nicht, also alles noch gut, aber eigentlich ist es schon erschreckend."

Besonders auffallend ist, dass dieses Misstrauen nicht nur politische Entscheidungsträger*innen betrifft, sondern auch staatliche Institutionen wie die Polizei.

Diese wahrgenommenen innenpolitischen Defizite wirken sich dabei unmittelbar auf die Beurteilung des außenpolitischen Handlungsspielraums aus. Ein Staat, der im Inland grundlegende Schutz- und Versorgungsleistungen nicht zuverlässig erbringt, wird kaum als glaubwürdiger außenpolitischer Akteur wahrgenommen. Diese Logik zieht sich durch alle

Fokusgruppen: Wer die eigenen Probleme nicht löst, hat weder die Legitimation noch die Ressourcen, sich um außenpolitische Probleme zu kümmern. Innenpolitische Schwäche wird so zur scheinbaren Ursache einer wahrgenommenen außenpolitischen Handlungsunfähigkeit, und gleichzeitig werden außenpolitische Investitionen daran gemessen, ob sie auf Kosten innenpolitischer Dringlichkeiten geht.

3. DIE EU: GRUNDSÄTZLICH POSITIV, ABER STRUKTURELL LIMITIERT

Die Europäische Union genießt unter den jungen Teilnehmenden eine hohe Zustimmung. Die meisten Teilnehmenden stimmten zu, dass Deutschlands Interessen am besten durch enge EU-Partnerschaften vertreten werden. Markus (28) lobt beispielsweise die EU als einzigartiges Sicherheitsversprechen: militärisch, wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich:

„Man merkt ja auch von außen, dass viele Länder in die EU wollen, weil die EU einfach eine Sicherheit gibt, sei es militärisch, sei es wirtschaftlich, sei es politisch, sei es klimatechnisch, sei es gesellschaftlich, was es, denke ich, ein weiteres Mal auf der Welt nicht gibt.“

Gleichzeitig wird die EU als träge und durch interne Uneinigkeit geschwächt wahrgenommen:

Bastian (27): *„Es gibt halt immer wieder auch in der EU Probleme mit der Zustimmung. Länder wie Ungarn blockieren ständig die Finanzierungsrunden, ich glaube, dass es da immer wieder Blockaden gibt, aber Deutschland schon zu den Ländern gehört, die die Ukraine am meisten unterstützen.“*

Viele trauen der EU also grundsätzlich zu, Herausforderungen anzugehen, nehmen sie aber gleichzeitig als zu langsam und zu wenig geeint wahr.

4. INTERNATIONALE PARTNERSCHAFTEN DURCH GETEILTE WERTE?

Mit Blick auf internationale Partnerschaften wurde von vielen Teilnehmenden die stark in Mitleidenschaft gezogenen transatlantischen Beziehungen thematisiert. Die USA werden dabei durchgehend als zunehmend unzuverlässig wahrgenommen. Trumps Unberechenbarkeit, seine Zollpolitik und die Grönland-Drohungen werden als Zeichen einer US-amerikanischen Außenpolitik gedeutet, die die internationale Ordnung bedroht. Gleichzeitig bleiben die USA strategisch relevant. So argumentiert beispielsweise Milan (19), man müsse mit den USA weiterhin

zusammenarbeiten, weil sie eine Weltmacht („eines der stärksten und mächtigsten Länder“) seien.

Die Frage, mit wem Deutschland in Zeiten komplizierter transatlantischer Beziehungen außerhalb der EU enger zusammenarbeiten sollte, konnten viele Teilnehmende nicht klar beantworten. Dies lag an der weiten Entfernung von der Lebensrealität vieler Teilnehmenden, aber auch am Fehlen von Ländern bzw. Regionen, die aus Sicht der Teilnehmenden die eigenen Werte teilen. Als alternative Partner wurden vereinzelt Kanada, Großbritannien und teilweise, mit erheblichen Vorbehalten, China genannt.

China polarisiert in den Fokusgruppen und wird häufig als wirtschaftlich unverzichtbar, aber politisch höchst ambivalent eingestuft. Viele sehen dabei ein Dilemma, denn sie möchten nicht, dass Deutschland stark von China abhängig ist, sehen aber zugleich nicht, dass Deutschland es sich leisten kann, sich von China abzukoppeln. Dies wird beispielsweise an Laras (18) individualisiertem Blick auf China als Herkunftsland günstiger Importwaren deutlich:

„China ist billig. China ist eigentlich gut für uns, weil wir haben schon so viele Ausgaben. Deswegen würde ich keinen Grund sehen, warum man das ändern sollte.“

Andere nehmen in den Diskussionen hingegen eine China-skeptische Position ein und lehnen eine engere Kooperation mit Verweis auf staatliche Überwachung scharf ab, während gleichzeitig die wirtschaftliche Abhängigkeit von chinesischen Seltenen Erden und Halbleitern als faktische Bindung anerkannt wird:

Markus (28): *„Die wissen, was du im Internet googelst, die wissen, was du draußen machst, die wissen alles über dich, die bündeln das, werten das aus, das ist eine Überwachung vom Allerfeinsten, was dort passiert. Mit so einem Land möchte ich nicht zusammenarbeiten. [...] China besitzt 95 % der Seltenen Erden, die braucht man für alles, für das Glas im Smartphone, Prozessoren im Toaster, Steuergerät im Auto, für alles.“*

5. UNTERSTÜTZUNG FÜR KOOPERATION, SKEPSIS GEGENÜBER DEREN WIRKUNG

Trotz aller Kritik an der Handlungsfähigkeit Deutschlands und der Wirksamkeit des internationalen Engagements mit Bündnispartnern überwiegt in den Gruppen eine grundsätzliche Unterstützung für internationale Kooperation. Die von der Moderation zur Diskussion gestellte Aussage, „Deutschland solle sich aus internationalen Konflikten heraushalten“, fand oft klare Ablehnung, auch von jenen, die innenpolitische Dringlichkeiten betonten.

Sven (27) fasste die Mehrheitshaltung zusammen:

„Wir haben natürlich unsere eigenen Probleme, aber man darf sich nicht raus halten aus allem auf jeden Fall, weil es sonst massiv backfiren kann, weil es uns alle betrifft dann, was außenpolitisch auch abgeht. Trotzdem nicht zu viel Geld in Sicherheit und Außenpolitik stecken, sondern auch in die eigenen Bereiche wie Bildung, Medizinversorgung oder auch in Familien.“

Dabei wird auch die moralische Verantwortung Deutschlands als wohlhabendes Land für eine aktive Außenpolitik gesehen:

Svenja (26): *„Ich finde, Deutschland als privilegiertes Land hat auch eine Verantwortung der restlichen Welt gegenüber.“*

6. WISSEN ERÖFFNET HANDLUNGSOPTIONEN

Während die allgemeinen Fokusgruppen Deutschlands außenpolitische Schwächen eher diffus als generelle Leistungsunfähigkeit wahrnehmen, führen die Expert*innen konkrete Ursachen ins Feld:

Amelie (31): *„Wir sprechen immer von der Regierung. Ich bin der Meinung, es gibt einfach keine deutsche Regierung. Es sind verschiedene Ministerien, die sehr stark einzeln agieren mit einzelnen Ministern. Aber du siehst eigentlich keine Regierung,*

so Ressorts kämpfen mehr gegeneinander, manchmal öffentlich, manchmal hinter den Türen, aber am Ende blockieren sie sich gegenseitig. Und das hilft natürlich auch überhaupt nicht in der Außenkommunikation. Und es hilft auch überhaupt nicht, einzelne Politikfelder zu verschränken und so eine Art Dual-Use-Logik herzustellen.“

Der Blick der Expert*innen auf die globale Vernetzung Deutschlands ist analytischer, weniger emotional aufgeladen und stärker an konkreten Reformhebeln orientiert. Besonders deutlich wird der Unterschied bei der Frage nach Alternativen zu bisherigen Partnerschaftskonstellationen. Die allgemeinen Fokusgruppen denken Partnerschaften vor allem in normativen Kategorien: Welches Land teilt unsere Werte? Wem kann man vertrauen? Wer ist verlässlich? So nennen sie vielfach Kanada, Großbritannien und China oft assoziativ und ohne strategische Rahmung, während die Expert*innen darüber hinaus gezielt und strategisch neue Partnerregionen erschließen. Nicht Vertrauen allein entscheidet über die Qualität einer Partnerschaft, sondern die Frage, welche strukturellen Abhängigkeiten sie schafft oder reduziert, ob bei Lieferketten, Energieversorgung oder militärischer Kapazität. So plädieren einige ausführlich für den afrikanischen Kontinent als strategischen

Wachstumspartner, andere benennen Indien, trotz ambivalenter Haltung zur dortigen Regierung, als natürlichen EU-Partner oder denken in Formaten jenseits der EU, etwa E3 (Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich), UN-

Sicherheitsratsreformen oder Mittelmachtdiplomatie. Partnerschaft wird damit weniger als Frage der Sympathie, sondern als Frage der geopolitischen Positionierung und langfristigen Resilienz verstanden.

VI. PERSÖNLICHE BETROFFENHEIT, SICHERHEIT UND GESELLSCHAFTLICHE ROLLE

1. Persönliches Sicherheitsgefühl ist oft intakt, während staatliche Sicherheit als fragil wahrgenommen wird. Sicherheit wird primär als innere Sicherheit verstanden: Kriminalität, Polizei, öffentlicher Raum.
2. Bundeswehr-Bild durchweg negativ: strukturelle Mängel, problematische innere Kultur und eine übergeordnete fehlende politische Vision. Die Wehrpflicht wird überwiegend abgelehnt, aus liberaler oder pazifistischer Position und mit Verweis auf fehlende Generationengerechtigkeit.
3. Ein erweiterter Sicherheitsbegriff ist kaum präsent. Ziviles Engagement hingegen genießt hohe Akzeptanz und bietet eine wichtige Brücke zu einem breiteren Sicherheitsverständnis.
4. Politische Ohnmacht und geringe Selbstwirksamkeit sind weit verbreitet. Expert*innen sehen hierin ein strukturelles Kommunikations- und Beteiligungsdefizit, das aktiv behoben werden kann.

Das eigene Sicherheitsgefühl im Alltag und die wahrgenommene Sicherheitslage auf staatlicher und internationaler Ebene stehen in den Fokusgruppen auf zwei Seiten eines Spektrums eines Verständnisses von Sicherheit. Zwischen beiden Enden bewegen sich die Diskussionen: vom nächtlichen Heimweg bis zur Frage, ob die Bundeswehr im Angriffsfall überhaupt einen Tag lang das Land verteidigen könnte.

1. PERSÖNLICHE SICHERHEIT INTAKT, STAATLICHE SICHERHEIT FRAGIL

Die meisten Teilnehmenden beschreiben ihr unmittelbares Sicherheitsempfinden als intakt, zumindest situativ. Auffällig ist, dass Sicherheit von vielen Teilnehmenden primär als innere Sicherheit verstanden wird: als Schutz vor Kriminalität, als Erreichbarkeit der Polizei, als sicheres Sich-Bewegen im öffentlichen Raum. Nadine (27) schilderte beispielsweise, wie sich ihr

Sicherheitsgefühl in den letzten Jahren verändert hat.

„Ich überlege mir jetzt auch, gerade wenn es rechtzeitig dunkel wird, mit zwei kleinen Kindern, wie spät man da noch aus dem Haus gehen kann und sollte, gerade auch alleine. Das hat sich die letzten Jahre schon sehr verändert. 2015, als ich hierher gezogen bin und hatte Spätschicht und bin durch den Park mit der Straßenbahn alleine nach Hause, da habe ich mir noch keinen Kopf drüber gemacht.“

Diese Fokussierung auf innere Sicherheit ist kein Zufall: Sie spiegelt wider, dass die erfahrbare Alltagssicherheit das primäre Referenzsystem darstellt, von dem aus auch die staatliche Leistungsfähigkeit in sicherheitspolitischen Fragen beurteilt wird. Wo die Polizei nicht erreichbar ist, wo öffentliche Räume als unsicher gelten, verliert der Staat an Legitimität. Diese Legitimationserosion überträgt sich auf das Vertrauen in die außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten insgesamt.

2. ZWEIFEL AN DER BUNDESWEHR

Deutlich negativer fällt das Urteil zur Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr aus. Thorsten (28) zweifelte grundsätzlich an deren Einsatzbereitschaft und verwies auf strukturelle Mängel, die sich über Jahrzehnte aufgebaut hätten:

„Wenn es hieße die Bundeswehr muss an die Front rücken, dann würde ich sagen, Berlin ist in einer Woche genommen.“

Kritikpunkt ist zudem auch die als problematisch empfundene innere Kultur in der Bundeswehr:

Svenja (26): *„Vielleicht habe ich auch ein falsches Bild, aber ich nehme die Bundeswehr als rechtsunterwandert wahr. Und würde da nicht unbedingt eine queere Person hinschicken wollen oder eine POC [Person of Color].“*

Stefanie (25): *„Die Hierarchien vor allem die existieren, die sind halt ziemlich schwierig, weil die höheren Positionen meistens von älteren Leuten besetzt sind, die sich dann aber auch nichts mehr sagen lassen. Ich lasse mich dort auch nicht behandeln wie Dreck, wofür?“*

Diese kulturellen Vorbehalte sind dabei nicht nur Randnotizen, sondern wirken sich direkt auf die Rekrutierungsfähigkeit aus: Wer die Bundeswehr als hierarchisch erstarrt, kulturell homogen und intern problematisch wahrnimmt, wird sie weder als attraktive Arbeitgeberin noch als gänzlich legitime Institution gesellschaftlicher Verantwortung betrachten.

3. ZWISCHEN SELBSTBESTIMMUNG, GEWALTKRITIK UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT: DIE WEHRPFLICHT WIRD ÜBERWIEGEND ABGELEHNT

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht stößt in allen Fokusgruppen mit der allgemeinen Bevölkerung auf überwiegende Ablehnung, allerdings aus unterschiedlichen Motiven, die zusammen ein vielschichtiges Bild ergeben. Der Zwang zum Dienst an der Waffe als solcher wird am häufigsten genannt und zwar aus einer dezidiert libertären Position: Das Recht auf individuelle Selbstbestimmung, auf die freie Verfügung über die eigene Zeit und den eigenen Körper, wird als nicht verhandelbar betrachtet:

Lara (18): *„Ich bin eigentlich gegen eine Pflicht, weil ich nicht verstehe, warum man Menschen dazu zwingen sollte, vielleicht im schlimmsten Fall sein Leben für ein Land zu opfern. Weil jeder soll das für sich selber entscheiden.“*

Entsprechend wird vereinzelt für Anreize statt Pflicht plädiert, weil Zwang strukturell das falsche Mittel sei, auch wenn Landesverteidigung wichtig ist:

Katharina (26): *„Also da müsste man Anreize schaffen mit der Bundeswehr, sei es über Gehalt oder Ausbildungsmöglichkeiten oder irgendwelche Sachen für*

Altersvorsorge, dass es freiwillig gemacht wird, anstatt unter Zwang.“

Auch psychische Bedenken angesichts möglicher Langzeitfolgen werden geäußert:

Florian (18): *„Ich will nicht so enden wie die aus dem Zweiten Weltkrieg, mit ganz vielen Traumata, posttraumatischen Belastungsstörungen, das belastet einen ein Leben lang. Da wird halt auch nicht so drüber geredet, was passiert dann.“*

Auffällig ist dabei, dass viele Teilnehmende wenig über die konkrete Ausgestaltung der Wehrpflicht zu wissen scheinen - wer tatsächlich eingezogen wird, unter welchen Bedingungen und mit welchen Alternativen:

Milan (19): *„Ich denke nur, wenn ich gerade in der Ausbildung bin, ob ich die dann abbrechen müsste oder beenden muss und direkt zur Wehrpflicht gehe, wie das gehen würde?“*

In Bezug auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde dabei auch sehr häufig das Argument der Generationengerechtigkeit angebracht. Diese Wahrnehmung einer ungerechten Lastverteilung zwischen den Generationen zieht sich durch alle Gruppen und speist ein Unbehagen, das über die konkrete sicherheitspolitische Debatte hinausgeht.

Hendrik (27): „Ich habe das Gefühl, dass viele Dinge in den vergangenen Jahren, Jahrzehnten, vielleicht auch schon seitdem es generell die Bundesrepublik gibt, so ein bisschen unter den Teppich gekehrt wurden. Und jetzt habe ich häufig das Gefühl, dass einem plötzlich auffällt: 'Shit, wir haben ein bisschen was versäumt in den letzten Jahren, jetzt müssen wir was machen', und dann habe ich häufig das Gefühl, dass unsere Generation jetzt die Generation ist, die darunter leiden soll.“

Eng mit der Skepsis gegenüber der Wehrpflicht verknüpft ist das Gefühl, dass es an einer übergeordneten Vision fehlt, die erklärt, wofür diese Opfer eigentlich gebracht werden sollen. Ohne ein klares Bild davon, für welche Werte, welche Gesellschaft und welche Zukunft man sich engagieren soll, bleibt die Forderung nach Wehrbereitschaft abstrakt und unglaubwürdig:

Thorsten (28): „Für mein Land würde ich mir nicht den Arsch wegschießen lassen, für meine Familie ja, sofort. Aber das ist irgendwie die Überzeugung, denke ich, die dahinter fehlt. Für was? Für eine scheinbar unsichere Rente?“

Diese Aussage verweist erneut auf ein tieferes Problem: Es fehlt die emotionale und normative Grundlage, auf der Wehrbereitschaft überhaupt entstehen könnte.

Wehrpflicht ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt und ohne überzeugende Antwort auf die Frage „Wofür?“ ist für viele Teilnehmende schlicht nicht vermittelbar, und das unabhängig von politischer Überzeugung oder Parteipräferenz. Die Ablehnung zieht sich quer durch das politische Spektrum und speist sich dabei aus sehr unterschiedlichen Motiven: libertäre Selbstbestimmung, gewaltkritische Grundhaltung, das Gefühl fehlender Generationengerechtigkeit.

4. ERWEITERTER SICHERHEITSBEGRIFF FÜR VIELE WENIG GREIFBAR, ABER ZIVILES ENGAGEMENT GENIEßT HOHE AKZEPTANZ

In den Diskussionen mit jungen Menschen dominiert ein enges Verständnis von Sicherheit: Sicherheitspolitik wird überwiegend mit Bundeswehr, Wehrpflicht und militärischer Schlagkraft gleichgesetzt. Ein erweiterter Sicherheitsbegriff, der Cybersicherheit, Energieversorgung, Resilienz kritischer Infrastruktur oder zivilgesellschaftliche Wehrhaftigkeit einschließt, ist bei vielen Teilnehmenden kaum präsent. Einigen ist jedoch durchaus bewusst, wie vulnerabel Deutschland hier teilweise ist. Sven (27) schilderte beispielsweise einen Kassenausfall beim Supermarkt als anschauliches Beispiel für die Verwundbarkeit digitaler Infrastruktur:

„Komplettes Chaos. Wenn so was lahmgelegt ist, wie Bankwesen in dem Fall oder dass was technisch nicht funktioniert, genauso wie Versorgung durch Energie, dann hätten wir relativ schnell ein Problem, weil wir sind es ja mittlerweile alle gewöhnt, dass einfach alles funktioniert und läuft.“

Allgemein bleibt der erweiterte Sicherheitsbegriff den meisten Teilnehmenden jedoch fremd. Deutlich anschlussfähiger als der Begriff der erweiterten Sicherheit ist das damit verbundene zivile Engagement. Die gesellschaftlichen Säulen einer erweiterten Sicherheit - etwa die Feuerwehr, die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen - werden von den meisten Teilnehmenden nicht nur als wichtige gesellschaftliche Institutionen wahrgenommen, sondern auch als legitime und sinnvolle Felder, in denen junge Menschen etwas beitragen können, scheinbar ohne die moralisch aufgeladene Frage der Kriegsbeteiligung zu berühren:

Katharina (26): „Weil ich gerne bereit wäre, mein Land zu unterstützen, auch wenn ich dafür dann nicht mein Leben geben müsste. Ich arbeite ja im sozialen Sektor, deswegen könnte ich mir definitiv vorstellen, Verletzte zu pflegen, da wäre die

Bereitschaft deutlich mehr da, als irgendwo an die Front zu gehen.“

Die hohe Akzeptanz zivilen Engagements verweist damit auf ein ungenutztes Potenzial: Während militärische Sicherheit für viele junge Menschen emotional und normativ schwer zugänglich bleibt, bietet der zivile Bereich einen niedrighschwelligem Einstieg in ein breiteres Sicherheitsverständnis, wenn er entsprechend kommuniziert und strukturell gefördert wird.

Ein wiederkehrendes und grundlegendes Gefühl in allen Gruppen, wie es auch in der Debatte um die Wehrpflicht expliziter deutlich wird, ist das der politischen Ohnmacht beziehungsweise der geringen politischen Selbstwirksamkeit: Entscheidungen werden „über die Köpfe hinweg“ getroffen, die eigene Stimme zählt wenig, und die Möglichkeiten für Mitgestaltung sind unbekannt oder unzugänglich:

Laura (25): „Was Kriege angeht, da haben wir halt wenig Mitrede-Freiheit, also wir, die Bevölkerung.“

Dominik (23): „Ich würde sagen, dass es sowohl als auch noch möglich ist, da Sachen verändern zu können, aber im Großen und Ganzen sehe ich es eher so, dass man wie eine kleine Ameise im Ameisenhaufen ist.“

Gerade auf einer höheren und abstrakteren Entscheidungsebene – Außenpolitik, Sicherheitspolitik, internationale Bündnisse – schwindet bei vielen das Gefühl, etwas bewirken zu können. Der Wunsch nach Mitgestaltung ist bei einigen Teilnehmenden vorhanden, die Kenntnis konkreter Beteiligungsmöglichkeiten jedoch nicht.

5. SICHERHEIT NEU DENKEN UND KOMMUNIZIEREN

Viele der aufgebrachten Punkte werden auch von den jungen Expert*innen geteilt: die Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Bundeswehr sowie eine gewisse Skepsis gegenüber der Wehrpflicht finden sich auf beiden Seiten. Auch die hohe Offenheit für zivilgesellschaftliches Engagement verbindet die Gruppen. Die Unterschiede liegen jedoch erneut in der Distanz zu den Themen, dem entsprechenden Wissen und der Kenntnis von tiefergehenden Diskussionen zu den Themen. Die allgemeinen Fokusgruppen definieren Sicherheit primär über greifbare Alltagserfahrungen – innere Sicherheit, Erreichbarkeit der Polizei, das sichere Bewegen im öffentlichen Raum – und erweitern diesen Begriff nur teilweise, auch weil hier die persönlichen Erfahrungen fehlen und Bedrohungen oft abstrakt bleiben. Die Expert*innen-Fokusgruppe hingegen operiert von Beginn an

mit einem systematisch erweiterten Sicherheitsbegriff und verbindet ihn mit konkreten Konzepten. Mareike (30) plädiert beispielsweise explizit für eine Perspektive aus der feministischen Außenpolitik, die Sicherheit als wehrhafte Demokratie begreift:

„Ich glaube, wir fassen Sicherheitspolitik oder Sicherheit immer sehr eng und auch ein bisschen altmodisch. [...] Da [bei feministischer Außenpolitik] wird auf jeden Fall Sicherheit weiter gefasst und ich denke, das ist etwas, was sich lohnt, gerade wenn es auch darum geht, eine Gesellschaft darauf vorzubereiten, wie Sicherheit definiert wird. Das sind nicht nur Waffen, sondern das ist auch eine wehrhafte Demokratie.“

Bei der Wehrpflicht zeigt sich ein ähnliches Muster: Die allgemeinen Fokusgruppen argumentieren primär normativ (Zwang ist unzumutbar, Generationengerechtigkeit fehlt), während die Expert*innen die Debatten sowohl normativ als auch stärker systemisch führen:

Mareike (30): „Ich halte nichts von dieser Wehrpflichtdiskussion, weil das finde ich ein bisschen an den Versäumnissen der Menschen in Verantwortung vorbeigeht und dann sozusagen der Weg des vermeintlich geringsten Widerstandes gewählt wird und das finde ich bei so einer also weitreichenden Entscheidung nicht

gerechtfertigt, finde ich einen zu großen Eingriff in Freiheitsrechte."

Zugleich wurde in dieser Runde auch die Wehrpflicht nicht nur aus der Sicht von Generationengerechtigkeit diskutiert, sondern der demographische Wandel auch als langfristiges Problem für gesellschaftliche Resilienz aufgeworfen.

Gregor (34): *„Ich bin gespannt, wie sich das in demografischer Hinsicht auch in Zukunft aufstellt, weil eine Gesellschaft sich ja auch ein bisschen so dreht, wenn wir wesentlich mehr ältere Leute haben und wesentlich weniger jüngere Leute, wie können wir dann noch so eine Resilienz aufrechterhalten.“*

Generell unterscheiden sich die beiden Gruppen darin, wie sie die Lücke zwischen Gesellschaft und Sicherheitspolitik beschreiben: Die allgemeinen Fokusgruppen erleben sie als persönliche Ohnmacht, Entscheidungen werden über Köpfe hinweg getroffen. Die Expert*innen beschreiben dieselbe Lücke als strukturelles Kommunikations- und Beteiligungsdefizit, das aktiv behoben werden kann: durch eine stärkere Betonung eines Dual-Use von sicherheitspolitischen Investitionen, beispielsweise der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur im Verkehr und im Gesundheitswesen, durch Einbindung von strategischen Multiplikatoren in der

Kommunikation, durch eine wirkungsvollere Kommunikationskultur:

Amelie (31): *„Erstens, man muss auch einfach sagen, wir haben Infrastruktur-Sondervermögen letztes Jahr bekommen und es wurde nicht nach einem Dual-Use-Prinzip ausgerichtet, so verpasste Chance. Zweitens, wir beherrschen überhaupt gar keine strategische Kommunikation, aber überhaupt keine auch gesellschaftsnahe Kommunikation. Versuch doch die Leute da abzuholen, wo sie tatsächlich stehen!“*

DANKSAGUNG

Wir danken der Otto Wolff Stiftung für die finanzielle Unterstützung des Projektes „Generation Z(eitenwende): Junge Perspektiven auf Außen- und Europapolitik“, die die Umsetzung dieser Studie erst möglich gemacht hat. Wir danken Melanie Weiser (Das Progressive Zentrum) für das inhaltliche Lektorat sowie dem gesamten Sounding Board des Projektes für den Austausch und die Anregungen. Darüber hinaus danken wir Lea Gronenberg (d|part) und Nila Sarabi (Polis180) für die organisatorische Unterstützung von der Planung und Umsetzung der Fokusgruppengespräche bis zur Fertigstellung der Studie.

Polis180 e.V.

Polis180 ist ein Grassroots-Thinktank für Außen- und Europapolitik, der jungen Expert*innen eine inklusive und partizipative Plattform bietet, um politische Visionen zu entwickeln und politische Entscheidungsprozesse aktiv mitzugestalten. Durch Veranstaltungen, Analysen und Beiträge bringen die Mitglieder ihre Ideen in Politik, Öffentlichkeit und Medien ein.

d|part – Think Tank für politische Partizipation

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank für politische Partizipation. Mit evidenzbasierter Forschung gewinnt d|part neue Erkenntnisse und bringt diese in politische Prozesse und gesellschaftliche Debatten ein. Ziel ist eine Demokratie, in der alle mitsprechen, mitmachen und mitentscheiden können.

DISCLAIMER

Jede Autor*in ist ausschließlich verantwortlich für den Inhalt der eigenen Texte. Diese spiegeln weder die Meinung von Polis180, noch die anderer Autor*innen wider.



POLIS 180 –

GRASSROOTS-THINKTANK FÜR AUßEN- UND EUROPAPOLITIK

Vertreten durch:

Etienne Höra,
Lena Wittenfeld,
Jona Grimm

Am Krögel 2
10179 Berlin
www.polis180.org
info@polis180.org

Gefördert durch die



Otto Wolff Stiftung